

Intrigenpiel um Preußen

fähig geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist, nach dem Urteil aller Sachverständigen, in großem Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz allen Stürmen sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Sieblungsplan weiteren Volkserlebens Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Deutlichkeit vorgelegt.

Wir haben kein Trümmersfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zerstreuten Strömungen im Lande alle Kräfte aufgebieten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Ueberwindung dessen, was an zerstreuten Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen als durch Überzeugen und Überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfall bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Wahl am 31. Juli

Der Reichspräsident hat am Montag durch Verordnung den Termin für die Neuwahlen des Reichstags auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

Wenn die Reichsregierung entgegen ihren anfänglichen Absichten den spätest zulässigen Termin für die Neuwahlen gewählt hat, so hat das seine bestimmten Gründe. Die Herren sind sich ihrer Sache, eine sichere Mehrheit ohne Zentrum zu schaffen, so wenig sicher, daß sie neuerdings auch die Splittergruppen der Mitte, wie das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, in ihre Rechnung einschalten. Ihnen soll durch die Hinanschiebung der Wahl bis zum 31. Juli die Möglichkeit gegeben werden, nach einer zu erstrebenden Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen agitatorisch noch genügend wirken zu können. Als Preis für dieses Zugeständnis haben sie sich für den Fall, daß sie im neuen Reichstag Mandate erlangen, von vornherein an die Regierung der Hitler-Barone verkaufen müssen!

Aber was wird, wenn die Rechnung der Nazi-Barone sich als falsch erweist und sie in der Minderheit bleiben? In diesem Falle — so bemerkt die schwerindustrielle Berliner Deutsche Allgemeine Zeitung am Montag — wird überlegt werden müssen, ob eine neue Auflösung des Parlaments herbeigeführt wird. In der Tat spielen die gegenwärtigen Machthaber mit einem derartigen Gedanken. Nach der Reichsverfassung kann das Parlament nur einmal aus dem gleichen Grund aufgelöst werden. Man hat deshalb, um gegen ein Mißtrauensvotum des neuen Reichstags von vornherein gewappnet zu sein, den verfallenen Reichstag mit der Begründung auflösen lassen, daß er dem Volkswillen nicht mehr entspricht. Damit haben sich die Nazi-Barone für den Fall, daß ihnen das Mißtrauen in dem neuen Parlament ausgesprochen wird, die Hintertür für eine nochmalige Auflösung offengehalten. Ob der Reichspräsident dieses Spiel mitmachen wird, ist eine andere Frage. Vorläufig hat Hindenburg erklärt, daß er Verfassungsverletzungen nicht dulden werde.

30 : 30

Keine Nazimehrheit in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Drahtb.)

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist am Montag mittag bekanntgegeben worden. Die Nationalsozialisten haben danach ein weiteres Mandat, also insgesamt 30 Mandate, erhalten. Auch die Kommunisten erhielten ein weiteres Mandat. Im einzelnen weist das Ergebnis folgendes Bild auf:

		Mandate
Sozialdemokraten	108 858 (124 922)	18 (30)
Kommunisten	96 962 (27 644)	5 (8)
Nationalsozialisten	177 029 (77 038)	30 (4)
Arbeitsgemeinschaft d. Mitte (Staatsp.)	7 595 (8 096)	1 (2)
Deutschnationale	82 875 (80 874)	5 (11)
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Volks-, Wirtschaftspartei, Christl.-soz. Landvolk)	7 482 (40 412)	1 (12)
Soz. Arbeiterpartei	952 (—)	(—)

Damit haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit nicht erreicht. In dem neuen Landtag sitzen den 30 Nationalsozialisten 30 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber, darunter 18 Sozialdemokraten.

Dem alten Landtag gehörten 52 Abgeordnete an. Der neue Landtag besteht aus 60 Mitgliedern.

Heute beginnen zwischen dem Reich und Preußen die bereits seit mehreren Tagen vorgezeichneten Verhandlungen über finanzielle Probleme. Die Reichsregierung hat anscheinend die Absicht, diese Verhandlungen auf das politische Gleis zu schieben und Zugeständnisse davon abhängig zu machen, daß der Landtag schnellstens einen Ministerpräsidenten schwarz-brauner Couleur wählt. Man orakelt deshalb bereits davon, daß der Landtag nicht erst am 22. Juni — wie bisher vorgesehen — sondern schon zu Beginn der kommenden Woche zusammenzutreten werde.

Wir halten es für durchaus möglich, daß die Regierung der Hitler-Barone so zu verfahren beabsichtigt. Die Regierung Braun ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie betrachtet sie als eine direkte Gefahr. Aber so einfach, wie sich die Pappenheimer um Schleicher die Dinge vorzustellen scheinen, liegen sie nicht. An dem Versuch, Zentrum und Nazis in Preußen Hals über Kopf zusammenzubringen, kann sie ebensowenig jemand hindern, wie das Zentrum gezwungen werden kann, sich mit den Nationalsozialisten vor einen Karren spannen zu lassen. Am allerwenigsten scheint uns Herr von Papen dazu berufen, von dem es heißt, daß er in der ungedenkten Richtung „gewisse Verhandlungen“ zu führen beabsichtigt. Wir könnten uns nach der politischen Entwicklung der letzten Tage und nach der Empörung, die im Zentrum gegenüber Herrn von Papen herrscht, jedenfalls vorstellen, daß die maßgebenden Instanzen dieser Partei nicht einmal seiner Einladung folgen würden.

Zunehmend scheint sich hinter dem Versuch der Nazi-Barone, das preußische Zentrum für eine schwarz-braune Koalition geistig zu machen, eine bestimmte Absicht zu verbergen, gegen die schon jetzt mit aller Schärfe Front gemacht werden muß. Indem man der Regierung Braun die erforderlichen finanziellen Zuschüsse mit der Begründung verweigern möchte, daß das Reich nur einer Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit irgendwelche Hilfe gewähren lassen will, diese Regierung aber auf absehbare Zeit nicht zustande kommt, hofft man die Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars schaffen zu können. Man sieht, mehr als für die eigenen finanziellen Sorgen interessieren sich die Pappenheimer dafür, wie sie weiter Partisanen zerhacken können.

Der Plan, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen, widerspricht der Verfassung. Er wäre glatter Verfassungbruch. Die ordnungsmäßige Verwaltung Preußens ist durch die geschäftsführende Regierung Braun in vollem Umfange gewährleistet. Solange das der Fall ist, ist

für die Einsetzung eines Reichskommissars eine verfassungsmäßige Grundlage nicht gegeben.

Urlaubsreise des Ministerpräsidenten

D. Berlin, 7. Juni. (Eig. Funk.)

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat am Montag einen Urlaub angetreten und Berlin verlassen. Zu seinem Vertreter hat er den Wohlfahrtsminister Dietrich beauftragt. Dieser führt von nun an als dienstführender Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett.

Braun hat vor dem Zusammentraten des neuen Landtags bereits erklärt, daß er nicht etwa gewillt sei, als geschäftsführender Präsident monatlang zu amtieren und so den politischen Organen den Vorwand für die Legende zu bieten, die Regierung Braun kammere sich an die Macht. Braun hat eine Frist von 14 Tagen als ausreichend für die Durchführung der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten bezeichnet. Diese Frist ist abgelaufen.

Die Minister Severing und Grimm, die beide dem Reichspräsidenten folgen wollten, sind von ihm gebeten worden, nach auf ihren Posten auszuweichen.

Gegen Vergewaltigung des Rechts

Im Preußischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten vor Einschüchterungen und Bedrohungen wirksam zu schützen und die Unabhängigkeit der Rechtspflege auch in Zukunft für Preußen sicherzustellen. In dem Antrag heißt es u. a.:

„In der zweiten Sitzung des Preußischen Landtags vom 25. Mai 1932 hat der Abg. Dr. Freidrich Beschwerde geführt, daß Staatsanwälte in Potsdam, und Landfriedensbruchprozessen gegen nationalsozialistische Angelegenheiten die dem Weisheitsgemäß entsprechenden Strafmaßregeln stellen. Daraufhin hat der Abg. Rabe, Vorsitzender der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, geäußert: Die preußischen Staatsanwälte müßten zu 90 Prozent wegen Rechtsbruchs in den Anklageauftrag verurteilt werden.“ Diese Worte entsprechen der seit längerer Zeit von der nationalsozialistischen Presse geübten Taktik, solche Richter und Staatsanwälte, die in Prozessen gegen Nationalsozialisten nicht das Parteinteresse der Nationalsozialisten, sondern den allgemeinen Rechtsstandpunkt vertreten, durch Schimpfwörter und Drohungen einzuschütern. Hierfür ist in dem Punkte „Justizdämmerung“ eine Reihe markanter Beispiele aufgeführt. Durch die fortgesetzte Behrohung pflichtgemäß handelnder Justizbeamter soll offenbar erreicht werden, daß diese in Zukunft nicht mehr wegen, nach Pflicht und Gewissen ihre Funktionen als Richter bzw. Staatsanwälte zu erfüllen.“

Berliner SPD. kampfbereit

Breitscheid gegen das Kabinett der Nazi-Barone - Die Hoffnungen auf Lausanne zerklüftet - Begeisterte Kampfstimmung der Berliner Arbeiter

D. Berlin, 7. Juni. (Eig. Funk.) Die Berliner Sozialdemokratie hielt am Montagabend im Saalbau Friedrichshain eine Funktionärkonferenz ab, die einen wichtigen und glänzenden Verlauf nahm. Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid und Landtagsabgeordneter Ernst Heilmann sprachen über „Die augenblickliche politische Situation und die Aufgabe der Arbeiterklasse“. Seit den Revolutionsstagen war noch keine Funktionärversammlung so überfüllt wie die von gestern abend. Der Riesensaal war brechend voll. Auch die Emporen waren überfüllt, und bis weit über die Vordämme hinaus staute sich die Menge. Kampfsgeist und Zurechtcharakterisierten die Versammlung.

Mit dem Parlament — so führte Breitscheid im wesentlichen aus — ist eine unwürdige Komödie gespielt worden. Nur der äußerliche parlamentarische und verfassungsmäßige Schein ist bei der Verfassung des Herrn von Papen gewahrt worden. Die Schuld daran trifft nicht den Reichspräsidenten, sondern die unverantwortlichen Ratgeber hinter ihm, die Männer hinter den Kulissen, die seit Wochen die neue Regierung vorbereiten. Die Quertreibereien gehen aus dem Großgrundbesitz, der immer höhere Zuschüsse aus der Offiziere erzielen wollte, von den Inflationisten, die durch Geldentwertung ihre Schulden loswerden wollten, und den Industriellen, die alle Kräfte der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse legen wollten. Wenn mit dem Parlament eine Komödie gespielt wurde, dann rüht das auch daher, daß weite Teile des deutschen Volkes zu wenig Interesse für den Inhalt der Verfassung haben und das Gut der Demokratie zu gering schätzen. (Zustimmung.)

Hinzu kommt, daß im September 1930 große Parteien ins Parlament kamen, die die Demokratie verneinen. Ein Parlament hat nur Macht, wenn es sich selbst bejaht. Brüning hatte im Parlament zu geringe n Rückhalt, und deshalb stütze er sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten. Als er dies verlor, wußte er fallen. Heute ist mehr denn je das Wort Lassalles wahr, daß Verfassungen kein Stück Papier, sondern Ausdruck der Machtverhältnisse sind. Wenn Lassalle auch die Kanonen des Königs ein Stück Verfassung nannte, so müssen wir heute sagen, auch die Reichswehr ist ein Stück Verfassung, und zwar ein sehr mächtiges. (Lebh. Zustimmung.)

Die Siege des neuen Kabinetts stand im feudalen Herrenklub. Kennen wir auch die Absichten des Kabinetts noch nicht im ganzen, so ist doch schon seine Zusammenfassung eine Herausforderung an das Volk.

Herausgefordert werden nicht nur Volk und Arbeiter, sondern auch das Ausland.

Washington und Moskau, die Pole der Außenpolitik, empfangen das Kabinett von Papen mit großen Sorgen und Bedenken. Das Ausland weiß über die Vergangenheit des Herrn von Papen nur zu gut Bescheid. Ist dieses Kabinett geeignet, das für deutsche Kredite so nötige Vertrauen zu gewinnen? Nichts wäre wichtiger als das, denn nur auf der Basis dieses Vertrauens ist der Wiederaufbau möglich. Die bisherige Papen-Regierung schafft kein Vertrauen. Sie hat den Reichstag aufgelöst, weil sie nicht den Mut hatte, vor das Parlament zu treten. Neuwahlen mit ihrer aufregenden Wahlkampagne, die begleitet sein werden von Ausfälligkeiten der SA-Formationen, sind nur geeignet, den deutschen Kredit zu erschüttern. Der erste Schritt dieser Regierung war ein Stoß gegen die Wirtschaft (Kuruz: „Das nennt sich national!“) Mit dem Wort „national“ ist man leicht bei der Hand, wenn man etwas verdecken will. Man spekuliert auf das Zentrum. Man hat sich aber getäuscht, denn das Zentrum steht in dem Sturz

Brüning einen Verstoß gegen Treu und Glauben. Als die Regierung ihre Irrtümer sah, löste sie auf. Nach sehr langen Ueberlegungen hat sie jetzt den Termin der Neuwahlen auf den 31. Juli festgelegt. Nun, wir Sozialdemokraten waren und sind zu jedem Zeitpunkt bereit. (Stärm. Beifall.)

Son uns aus kann in 14 Tagen gewählt werden! (Erneute Zustimmung.) Aber auch der späte Zeitpunkt ist uns recht. Die Regierung wird sicher wunderlich tun, was wir bemerken können. Ihr Kampf richtete sich gegen die Notverordnungspolitik, und sie beginnt mit einer neuen Notverordnung. Wir werden sie daran sehr kräftig erinnern. Wir wissen bereits mehr von dieser Regierung. Sie ist antisozial bis auf die Knochen.

Schon vor längerer Zeit hat Herr von Papen seine Ablehnung aller Tarifverträge und seinen uneingeschränkten kapitalistischen Standpunkt baren gelegt.

Die Regierung spricht vom „Wohlfahrtsstaat“. Meint sie den Wohlfahrtsstaat, der Millionen und aber Millionen der Industrie angeschultert hat, der Millionen und aber Millionen dem Wohlfahrtsbesitz gab, der Millionen und aber Millionen für die Fürstenabfindung hatte? Nein — nur die Arbeitslosen, die Kranken, die Invaliden will man ernähren. Man sagt, daß man mit der ganzen Welt Frieden haben wolle. Das ist sehr schön, aber was will die Regierung von Papen? Wir wissen es aus dem Herrenklub: Man will eine Verständigung mit Frankreich gegen Rußland, man scheint aber nicht zu wissen, daß es keinen Arbeiter gibt, wie er auch zu Sowjetland steht, der einem solchen antirussischen Abenteuer seine Zustimmung geben würde. (Minutenlanges Beifallstürmen.)

Kein Wort sagt man in dem Aufzug von den sechs Millionen Arbeitslosen, kein Wort zur Sicherung der hantierten Gemeinden. Wie steht Dittler zur Regierung von Papen? Ich bin überzeugt, daß Herr von Schleicher nicht ohne Dittler gehandelt hat. Es besteht ein Einverständnis über den Wahltermin hinaus. Der große Kampf beginnt nach den Wahlen, wenn die Regierung sich stark genug fühlt, das Parlament zu verdrängen.

Proletarier haben für Hitler gekämpft, damit eine Handvoll Barone regiert.

Das müßte genügen, um Klarheit zu schaffen. Wir gehen in den Kampf im Gefühl unserer Kraft und sind bereit Freiheit und Leben in die Schanze zu schlagen. Unter der Siegel steht alle dem! (Langer stürmischer Beifall.)

Heilmann, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, teilte zu Beginn seiner Ausführungen mit, daß sich Herr von Papen, der neue Reichskanzler, Nationalsozialisten und Zentrumselemente bereits einladen habe, um gemeinsam mit ihnen die Regierungsbildung in Preußen zu besprechen. Nun, so betonte Heilmann, wenn sich Nazis und Zentrum vorher nicht fanden — mit Herrn v. Papen werden sie bestimmt nicht einig werden. Wer ist denn eigentlich dieser Herr v. Papen? Eine Episode aus einer preußischen Vergangenheit. Vor zwei Jahren bemühte sich der Herr beim Ministerpräsidenten sehr nachdrücklich um die Stelle des preußischen Gesandten in München. Das wäre allerdings die geeignete diplomatische Wirkungsstätte für ihn gewesen. (Zustimmende Heiterkeit.) Seine Ernennung ist nicht an dem Widerspruch der Sozialdemokratie gescheitert, aber seine eigene Partei hielt nichts davon.

Die Haltung der Nazis bei den Vorbereitungen zur Umbildung der preußischen Staatsregierung konnte einen Hund jammern.

Ein solcher Grad von Gedankenarmut ist im politischen Leben Preußens noch nicht dagewesen. Was sie als ihr Pro-